

Unsere Staaten müssen noch viel rigoroser gegen die „Gefährder“ vorgehen

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel drückt den Angehörigen per Twitter sein Beileid aus, Bundeskanzlerin Angela Merkel war gestern Abend auf Wahlkampftour, erwähnte die neue Terrorattacke aber nicht. Das Auswärtige Amt bestätigt, dass es drei deutsche Opfer gab, will aber noch nicht sagen, ob es sich um tote oder verletzte Deutsche handelt. 13 Opfer sind insgesamt sicher zu beklagen, mehr als 80 Verletzte, davon 24 sehr schwer, sind zu beklagen.

Es gibt nach solchen Anschlägen islamistischer Mörder inzwischen eine gewisse Routine der Regierenden und der Behörden. Das kann gut sein, weil es nicht den Eindruck von Hektik und Chaos bei der Bevölkerung weckt. Es ist aber auch ärgerlich, weil man all die Worthülsen – „in Gedanken sind wir bei den Opfern“ – „wir werden jetzt a) sorgfältig, b) mit Nachdruck, c) entschlossen oder d) solidarisch handeln – nicht mehr hören will.

Kommen wir zum Punkt: Wieder waren es islamistische Gewalttäter. Wieder töteten sie unschuldige Menschen. Wieder waren Täter aus Nordafrika dabei. Solche Anschläge sind niemals zu verhindern, weil man nicht in die Köpfe dieser Fanatiker schauen kann. Man kann überwachen, abhören, V-Leute in diesen Netzwerken platzieren, aber wenn wir wieder mehr Sicherheit und Schutz vor derartigen Anschlägen haben wollen, muss unser Rechtsstaat, müssen alle demokratischen Länder rigoroser vorgehen. Das bedeutet nicht, Bürgerrechte aufzugeben, den Rechtsstaat auszuhöhlen, ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. Aber das bedeutet, die sogenannten „Gefährder“ rigoros aus unseren Staaten abzuschieben. Die gesetzlichen Regeln dafür sind nicht ausreichend? Dann schafft neue! Die Herkunftsstaaten wollen „Gefährder“ auch nicht zurück haben? Dann schiebt sie dorthin ab, wo man sie annimmt – für wirtschaftliche Hilfe oder Geld meinetwegen. Von mir aus schafft ein „Dschihadland“ irgendwo in der Mongolei oder anderswo, wo Platz genug ist. Wo sich diese Leute untereinander mit sich selbst beschäftigen können, statt hier zu töten.

Und „diese Leute“, allein die den Behörden bekannten, sind Tausende in Europa. Eine Zeitung berichtete, dass allein im Großraum Brüssel, dem Zentrum der EU, ca. 800 gewaltbereite Islamisten polizeibekannt sind. Die wohnen dort, manche planen wahrscheinlich Terrorattacken, viele leben von staatlichen Zuwendungen, die die anständigen Bürger mit ihren Steuern finanzieren. Und nachts darf die Polizei nicht in ihre Wohnungen von Verdächtigen, weil auch Terroristen ein Recht auf Ruhe haben. Man fasst sich an den Kopf.

Terrorangriffe sind nie auszuschließen, schon gar nicht, wenn es um Attentäter, um feige Mörder geht, die bereit sind, ihr eigenes Leben zu opfern. Aber Deutschland, Europa und der Rest der zivilisierten Welt können noch viel mehr tun, um blutige Ereignisse wie jetzt in Spanien zu vermeiden.

Was werden die Bürgerlichen nun mit der neuen Stärke anfangen?

Hatten Sie den Namen *Elke Twesten* vor dem gestrigen Tag schon mal gehört? Also ich nicht... Die grüne Hinterbänklerin im niedersächsischen Landtag, die in ihrer Partei wohl keine Zukunft mehr hatte, erklärte, dass sie zur CDU wechseln werde. Damit ist die rot-grüne Landesregierung erledigt, und das ist grundsätzlich erst einmal gut.

Mit ein wenig Disziplin bei der Abstimmung könnte in Kürze eine schwarz-gelbe Ein-Stimmen-Mehrheit die Amtgeschäfte in Hannover übernehmen. Dann gibt es Neuwahlen, die Bürgerlichen gewinnen, die AfD zieht auch in den Landtag ein (sofern sie es dieses Mal hinbekommen, die Kandidatenaufstellung fehlerfrei zu organisieren)... und so weiter. Mit der AfD wird keiner koalieren, aber im Landtag wird es eine Verhinderungsmehrheit geben, die manchem linken Stumpsinn ein Ende setzen kann. Wenn man denn will, denn genau das ist überall das Problem.

Die CDU kann wieder Wahlen gewinnen. Erst eine überzeugende Wiederwahl im Saarland, dann zwei SPD-Länder mit Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen geknackt. Wer hätte das vor einem halben Jahr für möglich gehalten? Doch was werden sie jetzt mit ihrer neuen Macht tun? Die Fördermittel für Gender streichen? Die kommunalen Gleichstellungs-Beauftragten abschaffen? Ein Landes-Betreuungsgeld für die Familien schaffen? ie Innere Sicherheit deutlich verstärken?

Mein Vertrauen in die positive Gestaltungskraft der bürgerlichen Parteien in Deutschland hat in den vergangenen Jahren gelitten. Ich würde mich freuen, wenn sie mich mal wieder positiv überraschen.

Es ist Zeit für den Ruhestand, Frau Ministerin!

Der Tod zweier Soldaten, die jüngst bei der Bundeswehr-Mission in Mali ums Leben kamen, ist tragisch. Noch ist nicht geklärt, was die Ursache des Hubschrauber-Absturzes war. Terror? Materialfehler? menschliches Versagen? Es ist auf jeden Fall keine neue Erkenntnis, dass unsere Streitkräfte in keinem guten Zustand sind.

Da gab es menschenunwürdige Aufnahme-rituale in einer Kaserne in Pfullendorf. Da gab es den Oberleutnant, der sich erfolgreich als syrischer Flüchtling registrieren ließ - und gleichzeitig einen Terroranschlag plante. Da gab es das Theater um das Sturmgewehr G 36. Da gab es neue

Marinehubschrauber, die nicht über großen Wasserflächen fliegen dürfen. Da gab es die Posse in Afghanistan, wo die Bundeswehr nicht Patrouille fahren konnte, weil an den Fahrzeugen die TÜV-Plakette abgelaufen war (treue Leser dieses Blogs erinnern sich an die Geschichte).

Da werden völlig sinnfrei Kasernen-Namen geändert, Tradition spielt keine Rolle mehr. Selbst ein Portrait von Altbundeskanzler Helmut Schmidt musste in Hamburg abgehängt werden, weil er darauf eine Uniform trug.

Und die Ministerin? Sie will die Arbeitszeiten bei unserer Armee flexibel gestalten und die Einrichtung der Kasernenstuben weiblicher machen, Und natürlich dürfen Seminare für Sexuelle Vielfalt in den Kasernen nicht fehlen.

Wenn es jemals eine Fehlbesetzung im Amt des deutschen Verteidigungsministers gab - dann ist das Ursula von der Leyen. Es ist Zeit für den Ruhestand, Frau Ministerin!

Ich will eine arme, eine barmherzige und eine ehrliche Kirche Christi

Es muss die Hölle gewesen sein für diese Kinder, die über Jahrzehnte Gewalt erlebten, die misshandelt und gedemütigt wurden, und von denen einige Dutzend sogar sexuell missbraucht wurden. Und das an einem Platz, wo man sie als Eltern am sichersten wähnte: Bei der Kirche. Im konkreten Fall bei einem weltberühmten Chor: den Regensburger Domspatzen.

Betroffene schilderten ihre Schulzeit - wohlgermerkt an einem katholischen Gymnasium - als «Gefängnis, Hölle und Konzentrationslager». Die körperliche Gewalt sei alltäglich und brutal gewesen. Viele Opfer schilderten die Jahre als die «schlimmste Zeit ihres Lebens, geprägt von Angst, Gewalt und Hilflosigkeit».

Man ist fassungslos, ich bin fassungslos als einer, der trotz der real existierenden Kirche an Gott glaubt und begeistert lese und höre, was uns Jesus Christus seit 2.000 Jahren gelehrt hat und lehrt. Das, was wir hier aus Regensburg und vielen anderen Heimen und Schulen erfahren, wo in jedem Raum ein Kreuz hing und hängt, ist erschütternd.

Trete ich deswegen aus der Kirche aus, was sicher jetzt wieder Viele tun werden, die das schon lange vorhaben? Nein, weil ich ja weiß, wie viele großartige Menschen sich auch heute noch für unsere Kirchen und für den Glauben engagieren. Aber an diesen gewaltigen Kirchenapparaten muss sich etwas ändern. Ich will eine Kirche, die arm ist. Ich will Bischöfe, die nicht im E-Klasse-Mercedes huldvoll winkend an den Schäfchen vorbeikutschiert werden, sondern ich will, dass sie in Sandalen herumlaufen. Ich will Priester, die zu denen gehen, zu denen sonst keiner mehr gehen will. Ich will Christen, die barmherzig

und gütig sind, und nicht hilflose Menschen ausnutzen, ohne ernsthafte Sanktionen erwarten zu müssen. Ich will Geistliche, die im Straßenbild erkennbar und ansprechbar sind, die alte Leute im Seniorenheim besuchen oder Kranke in der Klinik. Ich will Christen, die sonntags nicht sicht- und hörbar „Halleluja“ rufen und es schon vergessen haben, wenn es um die eigene Ehe geht. Ich will eine glaubhafte Kirche, eine ehrliche, auch wenn sie viel kleiner ist als heute.

Ich hadere mit meiner Kirche wie noch nie wegen solcher gewissenlosen Verbrecher, von denen wir heute aus Regensburg gehört haben. Und das obwohl ich zutiefst überzeugt bin von meinem Glauben.

Darf man solche Leute Menschenmüll nennen? Ich denke ja...

Beim Schlag gegen eine große Kinderpornografie-Plattform im sogenannten „Darknet“ haben die Ermittler in den vergangenen Tagen 14 Verdächtige festgenommen. Zwölf von ihnen wird sexueller Missbrauch von Kindern vorgeworfen.

Sieben Männer sitzen jetzt in Untersuchungshaft, darunter zwei Österreicher (28 und 40). Die Plattform «Elysium» war international ausgerichtet und verfügte über Chatbereiche in deutscher, englischer, französischer, spanischer und italienischer Sprache. Haupttäter ist ein 39-Jähriger aus dem Kreis Limburg-Weilburg in Hessen – er war Administrator der Plattform. Ein 61-Jähriger aus dem Kreis Landsberg am Lech in Bayern soll als Grafiker für das Erscheinungsbild der Plattform verantwortlich gewesen sein.

Nun zum Wichtigen: Die Opfer im Alter von fünf und sieben Jahren sollen die Kinder des 28 Jahre alten österreichischen Beschuldigten sein. Ein 41-Jähriger aus Berlin und ein 40-Jähriger aus Dresden sitzen ebenfalls in U-Haft, gegen sie und andere der mehr als 87.000 Mitglieder der Plattform wird im In- und Ausland ermittelt.

Und nun komme ich zu einer Frage, die mich schon seit langem beschäftigt. In irgendeinem Beitrag vor Jahren habe ich solche menschenverachtenden Täter mal flapsig als „Menschenmüll“ bezeichnet. Darauf bekam ich geharnischte Beschimpfungen, dass man keinen Menschen so bezeichnen dürfe, schon gar nicht wenn man selbst Christ ist. Das habe ich mir zu Herzen genommen und den Begriff bis heute nicht mehr verwendet. Und nun lese ich, was da auf dieser Internet-Plattform geschehen ist. 87.000 Menschen (Männer) waren dort registriert, um – einziger Zweck – sich daran aufzugeilen, wie kleine, schutzlose Kinder vergewaltigt und gequält werden. 87.000! Was sind das für Kreaturen, was hat sie zu dem gemacht, was sie sind: kaltherzige, empathielose Monster, von denen viele zweifellos selbst Kinder zu Hause haben.

Ja, diese Leute sind widerwärtig, ich denke, man darf sie Menschenmüll nennen.

Geldsammeln für den Wahlkampf: „Wir bräuchten 50 Sylvias in der nächsten Bundestagsfraktion“

Wussten Sie, dass ein Bundestagskandidat für seinen Wahlkampf im Durchschnitt 70.000 Euro aufwenden muss? Plakate, Flyer, Kugelschreiber, Leihwagen mit Beschriftung, Trikots spenden fürs Jugend-Fußballturnier – das Geld zerrinnt zwischen den Fingern. Und die Partei? Die stellt einen Teil des Kandidaten-Budgets bereit – vorausgesetzt der Kandidat oder die Kandidatin ist bei Hofe wohlgefallen. Sonst gibt's nix!

Die Düsseldorfer CDU-Abgeordnete Sylvia Pantel (56), katholisch, fünf Kinder, vor ihrem Politikerleben selbständige Unternehmerin, rutschte 2013 mehr aus Versehen, weil AfD und FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, in den Deutschen Bundestag. Sie gewann den Wahlkreis Düsseldorf II direkt, was alles andere als ein Selbstverständlichkeit ist. In ihrem Wahlkreis kennt man sie auch persönlich, sie ist immer unterwegs, wenn sie nicht in Berlin sein muss. „Sonntage? Die gibt es bei uns nur noch, wenn eines unserer Kinder heiratet...“ Als ich Sylvia Pantel vor zwei Jahren kennenlernte, sagte sie mir: „Ich bin jetzt gewählt und werde vier Jahre lang das sagen, was ich für richtig halte. Wenn man mich anschließend abwählt, dann ist das eben so.“

Die resolute Frau ist eine Streiterin für ihre Themen, die keine Angst hat, auch den Autoritäten ihrer Partei die Meinung zu geigen. Kauder, Altmeier, selbst die Kanzlerin durfte diese Erfahrung schon machen, etwa als die Düsseldorfer Abgeordnete ihr einen geharnischten Brief in der Flüchtlings-Frage schrieb. Merkel reagierte cool und lud die streitbare Politikerin zu einem Vier-Augen-Gespräch ein. Danach war auch Pantel beeindruckt, weil sie Zusammenhänge geschildert bekam, die sie so noch nicht kannte.

Eigentlich ist so eine engagierte Frau eine Zierde für jede Partei, doch Sylvia Pantel hat einen Makel in der frischgewendeten modernen Volkspartei: sie ist konservativ. Wenn es um Integration und Flüchtlinge, um Familie und Homo-„Ehe“ geht, hadert sie mit dem aktuellen Kurs ihrer Partei. Und deshalb hat sie einen unterirdisch schlechten Listenplatz zugeteilt bekommen. Der Weg zurück ins Parlament führt nur über den Sieg im Wahlkreis, sonst ist es vorbei. Nicht wenige der 11:40-Minuten-Klatscher auf CDU-Parteitagern hoffen inständig, dass diese Frau, die nicht unter Kontrolle zu kriegen ist und auch gegen weitere Gelder für Griechenland gestimmt hat, am 24. September scheitert.

Eine Düsseldorfer Unternehmerin lud gestern Abend 20 vermutlich wohlhabende Bürger zu einem Fundraising-Dinner für Sylvia Pantel ein, denn die braucht noch Geld für ihren Wahlkampf – siehe oben! Fast drei Stunden stellte sich die Abgeordnete vor, beantwortete jede Frage mit beeindruckendem

Sachverstand. Probleme bei der Jugendhilfe, Altersversorgung, die Lebenssituation von Straßen-Prostituierten, die Fehler bei der Aufnahme von Flüchtlingen – die Abgeordnete ließ keine Frage offen und bewies damit vor allem eins: dass unsere Volksvertreter viel besser sind, als ihr Ruf in der Bevölkerung.

Mit Applaus dankten die Unterstützer für die engagierte Vorstellung, einer sagte „Wir bräuchten 50 Sylvias in der neuen Bundestagsfraktion“. Ein Alptraum für Peter Tauber & Co. Jeder bekam noch ein Kärtchen mit, auf dem zu lesen war, wie man spenden kann, wenn man möchte. Da meldete sich einer aus der Runde nochmal zu Wort: „Eigentlich gehöre ich hier gar nicht hin“, sagte er und weiter „ich bin FDP-Mitglied und evangelisch.“ Und dann: „Aber jetzt, wo ich Sie kennengelernt habe: Ich spende!“

Wenn die Leute das doch wollen, sollten wir sie nicht einfach lassen?

Nun ist es also passiert, und wieder einmal übersteigt die Wirklichkeit mein Vorstellungsvermögen über das, was in Deutschland möglich ist. Die Homo-„Ehe“ ist vom Deutschen Bundestag beschlossen worden, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare wird nur noch eine Formsache sein. Einzige Hoffnung ist wieder einmal die Union, die uns durch ihre famose Parteivorsitzende den ganzen Schlamassel eingebrockt hat. Wie man hört, wird von den Juristen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gerade ernsthaft geprüft, ob man gegen die heutige Entscheidung vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wird. Wenn der Ehebegriff des Grundgesetzes so gravierend deformiert wird wie heute von unseren Volksvertretern, ist das nicht ohne Grundgesetzänderung möglich, gibt der junge CDU-Bundestagsabgeordnete Sven Volmering zu [denken](#).

Wieder einmal eine Schlacht geschlagen, wieder einmal verloren. Deutschland wird bunter, leider aber nicht besser. Eine Allparteien-Koalition aus Union, SPD, Grünen und Linken und demnächst sicher auch der FDP verändert unser Land in atemberaubender Weise. Und das Beste: Das Volk selbst fragt niemand in der Sache, nur bei Wahlen. Und da stimmt man dann zu, weil ja die Renten steigen und der nächste Sommerurlaub durchfinanziert ist.

Regelmäßige Leser meiner Beiträge wissen, dass ich in den vergangenen Tagen „Frust geschoben“ habe, wie meine Kinder das formulieren würden. Und dieser Frust hält weiter an. Ich bin durch und durch Demokrat, und wenn die Mehrheit meiner Landsleute glaubt, wenn sie mehr Fahrrad fahren, sterben die Eisbären nicht aus, dann dürfen sie das. Wenn der Relativismus fröhliche Urständ feiert nach dem kölschen Motto „Woröm den nit?": Warum sollen homosexuelle Paare nicht „heiraten“ oder so? Wenn sie sich doch lieben und Verantwortung für einander übernehmen, werden manche meiner Bekannten sagen. Das ist doch alles ganz konservativ, Homo-„Ehe“ quasi Familienwerte pur.

Dieser Staat pumpt Millionen Euro unserer Steuern in linksextreme Netzwerke, ich bettele bei Ihnen zwei Mal im Jahr um kleine Spenden, um unsere Arbeit finanzieren zu können. Und Sie helfen mit 5 Euro im Monat oder auch mal 100 in der Adventszeit. Nur deshalb gibt es diesen Blog noch, der mehr als 10.000 Leser als Stammpublikum hat. Frau Kahane von der Amadeu-Stiftung schreibt einfach einen Antrag ans Ministerium und der Rubel...sorry, der Euro rollt. Gerade hat die neue „bürgerliche“ Landesregierung in Nordrhein-Westfalen erklärt, sie werde auch in Zukunft die Förderung der Homo-Lobbyverbände weiter zahlen. Was damit bezahlt wird? Das meiste Geld fließt in Personalausgaben, wo dann Hauptamtliche daran arbeiten, dass CDU und FDP schnell wieder abgewählt werden. Ein Irrsinn, oder?

Gestern ist wieder ein großer Missbrauchsskandal in der katholischen Weltkirche bekannt geworden. Liegt schon Jahre zurück, betrifft aber den derzeit dritthöchsten Repräsentanten der Kirche Jesu im Vatikan. Schon wieder. Unvergessen all die schrecklichen Fälle aus den vergangenen Jahrzehnten, all die geschundenen Kinder in den Heimen, die Straflagern glichen, missbraucht von Männern der Kirche, denen man blind ein Kind anvertrauen können sollte. Relativismus, das nicht mehr ernst nehmen eigener Überzeugungen. Ehepartner, die sich Christen nennen, und fremdgehen. Es ist halt einfach so passiert, halleluja! Papst Franziskus hat die Gender-Ideologie als einen satanischen Angriff auf die Familien bezeichnet. Die Deutsche Bischofskonferenz lässt derweil bunte Gender-Broschüren an die Schäfchen verteilen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat jüngst abgelehnt, mit den Veranstaltern des *Marsches für das Leben* über Gottes Schöpfung auch nur zu diskutieren geschweige denn zusammenzuarbeiten.

Wohin man schaut, die bürgerliche Welt, die jahrzehntelang für mich eine Stütze war, ein Halt, der Rahmen für mein Leben, sie zerfällt in 1.000 Scherben. „Warum bist Du immer noch in der CDU?“, das haben mich in dieser Woche nach Merkels wahlstrategischem Meisterstück mit der Homo-„Ehe“ dutzende Freunde gefragt. Und ich selbst habe mich das auch gefragt. Wahrscheinlich ist es die Sentimentalität des Alters, die vielen Erinnerungen an Zeiten in der Jungen Union und dem RCDS, an viele gute Freunde und nun Rotwein-Abende mit denen, mit denen ich vor 40 Jahren Flugblätter vor unserer Schule verteilt und im strömenden Regen nachts Plakate geklebt habe, damit wir schneller als die SPD im Straßenbild unseres Dorfes erkennbar waren.

Vielleicht sind es aber auch einfach alle Veränderungen, die dem Zeitgeist geschuldet sind, und die wir akzeptieren oder wenigstens tolerieren sollten. Wir werden unsere Kinder auch morgen noch so erziehen, wie wir es seit Jahren tun. Wir werden auch am Sonntagmorgen wieder in der Heiligen Messe sein und zu Gott beten, nicht zum Kirchensteuerverteileramt. Und wenn Hedwig von Beverfoerde, die unerschrockene Kämpferin für unsere Familien, das nächste Mal irgendwo zur *Demo für Alle* gegen den Wahnsinn der Frühsexualisierung von Kindern ruft, dann fahren wir natürlich wieder hin. Trotz allem...

Für wen und was lohnt es sich angesichts dieser Prinzipienlosigkeit noch zu kämpfen“

Eigentlich wäre es an der Zeit, längst schlafen zu gehen, doch in meinem Postfach gehen auch jetzt mitten in der Nacht immer noch zahlreiche postings und Mails ein. Sie stammen von CDU-Mitgliedern, CSU-Mitgliedern, sogar einige Abgeordnete sind dabei. Und manche finden kaum noch zivilisierte Worte für das, was die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern angekündigt hat, nämlich die Abkehr ihrer Partei vom klaren Nein zur Homo-„Ehe“. Zweimal stand das Thema auf der Tagesordnung von Bundesparteitagen. Zweimal lehnten die Delegierten den Vorstoß mit deutlichen Mehrheiten ab. Die Christlich Demokratische Union, die Partei, die überhaupt auf einem christlichen Menschenbild gegründet wurde, sie stand immer klar und eindeutig zur Ehe aus Mann und Frau und zur Familie aus Mann, Frau und Kindern. Das Lebensmodell, das auch heute noch die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt. Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa hat Merkel nun die Linie mit CSU-Chef Horst Seehofer abgesprochen, dass es bei dem Thema keinen Fraktionszwang mehr geben soll. Sie wünsche sich eine Diskussion, die „eher in Richtung einer Gewissenentscheidung geht“, verkündete die Kanzlerin und macht damit Machtpolitik, denn nun sind SPD, FDP und Grüne ab September wieder uneingeschränkt koalitionsfähig. Höchst wahrscheinlich, dass dieses gemeinsame Vorgehen der etablierten Parteien, dieser Allparteien-Koalition wie wir sie von Atomausstieg, Flüchtlingschaos und anderen Themen kennen.

Es ist nach Doppelpass und Homo-„Ehe“ eindeutig, dass Frau Merkel sich keinen Deut darum schert, was Ihre Partei denkt. Und noch viel weniger, was ihre Wähler wünschen. „Diese Frau zerstört eine funktionierende Gesellschaft und die sie tragenden Familien“, darf ich ohne Namensnennung aus einer der Zuschriften dieser Nacht zitieren. Und wieder stellt sich die Frage: Wer ist diese Frau? Wie konnte diese Frau an die Spitze der großen Volkspartei der Mitte gelangen?

Nein, ich wähle nicht AfD, um vorab allen zu antworten, die mir das heute in Mails und postings empfehlen werden. Ich habe oft begründet, warum ist das nicht tue. Aber ich verspüre wie so viele meiner Freunde und Leser hier in dieser Stunde eine ehrliche Verzweiflung darüber, was gerade passiert. Und ganz ehrlich: Für wen und was kämpfen Leute wie ich in diesem Land noch, wo doch jetzt alles so bunt geworden ist...

Runter vom Sofa! Wir müssen den Ideologen den Zugang zu unseren Kindern verwehren!

Viele unserer Leser, da bin ich ganz sicher, sind in diesen Minuten mit PKW, Bus oder Bahn unterwegs nach Wiesbaden zum Luisenplatz, wo das hessische Kultusministerium seinen Sitz hat. Sie wollen demonstrieren gegen das menschenverachtende Konzept der „sexuellen Vielfalt“, mit dem rot-grüne Ideologen den Großangriff zur Zerstörung der traditionellen Familien begonnen haben.

Fächerübergreifend sollen die Kinder ab der Grundschule laut Lehrplan zu »Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten« erzogen werden. Wohlgemerkt: Es geht dabei nicht um Toleranz gegenüber Menschen, die sich frei für einen anderen Lebensweg entschieden haben, sondern um AKZEPTANZ. Und das ist etwas ganz anderes. Der Lehrplan der schwarz-grünen Regierung in Hessen sieht folgende Schritte zur Beeinflussung unserer Kinder im Unterricht vor:

6 bis 10 Jahre: »kindliches Sexualverhalten« und »gleichgeschlechtliche Partnerschaften«

10 bis 12 Jahre: »unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-Homo- und Transsexualität)«

13 bis 16 Jahre: »erste sexuelle Erfahrungen«, »Schwangerschaftsabbruch, § 218 StGB und Beratungsangebote«, »Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, ggf. Unterstützung für Schülerinnen und Schülern beim Coming Out«

16 bis 19 Jahre: »Adoption, Leihmutterchaft, künstliche Befruchtung«, »Geschlechtsspezifisches Rollenverhalten«, »das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung«

Was in Hessen ebenso deprimierend für Eltern ist wie in Stuttgart: In beiden Landesregierungen ist die Christlich Demokratische Union (CDU) Partner in einer Regierungskoalition mit den Grünen, die das Konzept der Frühsexualisierung von Kindern massiv vorantreiben, wo immer sie etwas mitzubestimmen haben. Hoffen, dass sich der grüne Spuk bei der Bundestagswahl erledigen wird, ist das falsche Konzept. Die Partei, in deren Anfängen sich Pädophilie-Befürworter und „Stadtindianer“ ungestört austoben konnten, wird auch am 24. September wieder in den Bundestag einziehen – hoffentlich stark gerupft.

Bürgerlichen Menschen, Eltern, Christen bleibt jetzt nicht anderes übrig, als den Protest gegen diesen Irrsinn auf die Straßen zu tragen. Wenn Sie in Hessen wohnen und Zeit haben: Machen Sie sich jetzt noch auf den Weg zum Luisenplatz! Schreiben Sie Protestbriefe an die Abgeordneten in Ihrem Wohnbereich! Unterstützen Sie die Arbeit von Hedwig von Beverfoerde, Birgit Kelle und den anderen mutigen Streitern für die Rechte von Eltern unserer Kinder auch finanziell!

In Stuttgart, heute in Wiesbaden und anderswo in Deutschland: Stehen Sie auf vom Sofa, unternehmen Sie etwas, resignieren Sie nicht! Dieser Kampf wird um die Zukunft unserer Familien und damit unseres Landes gefochten.

Über das unwürdige Possenspiel rund um den Tod Helmut Kohls

«Ich finde die bisherige Entwicklung unwürdig, für meinen Vater, für Deutschland und für Europa.» Dieser Satz stammt vom Kohl-Sohn Walter, der in den Tagen nach dem Tod seines Übervaters keine Gelegenheit ausließ, öffentlich zu zeigen, was er von dem Gezerre um das Begräbnis im allgemeinen und von der Witwe Maike Kohl-Richter im besonderen hält. Als Walter Kohl Zutritt zu seinem Elternhaus begehrte, wurde er von Polizeibeamten abgewiesen, die ein Hausverbot gegen ihn durchsetzten.

Mit der Entscheidung für ein Begräbnis Helmut Kohls in Speyer wolle man sein „politisches Lebenswerk“ von seiner Mutter Hannelore trennen, behauptet der zornige Sohn und forderte öffentlich, seinen Vater an der Seite seiner Mutter im Familiengrab der Kohls beizusetzen. Und weil das nicht passiert, wird Walter Kohl an der Beisetzung seines Vaters überhaupt nicht teilnehmen. Ein unfassbarer Vorgang.

Und dann der „Staatsakt“, oder wie es jetzt genannt wird „Trauerakt“ am 1. Juli im EU-Parlament in Straßburg. Ist das angemessen? Klar, Helmut Kohl war einer der großen Europäer in der jüngeren Geschichte. Maßgeblich stellte er die Weichen, nicht zuletzt für die Einführung des Euro. Aber Staatsakt? Ein europäischer Staatsakt? Europa ist kein Staat und wird hoffentlich auch nie einer werden. Warum ehrt man einen verdienten, ich sage großen, Bundeskanzler - immerhin der *Kanzler der Einheit* - nicht in seinem Land?

Man muss nicht mit Kohls Politik einverstanden gewesen sein, aber man kann diesem Mann nicht absprechen, dass er ein deutscher Patriot war, der seinem Land im wahrsten Sinne des Wortes lange gedient hat. Und der dieses unwürdige Possenspiel um sein Begräbnis und sein Andenken wahrlich nicht verdient hat.